



Faschismus ist keine Meinung
sondern ein Verbrechen



Aktion der IG Metall 2012: Für Politik in Sachsen ohne Rechtsextreme

Foto: Wolfgang Zeyen

DGB Sachsen hat Anforderungen an die Parteien zur Wahl 2014

„Weiter so“ ist keine Strategie

von Iris Kloppich,
Vorsitzende des DGB Sachsen

Der DGB Sachsen stellt Anforderungen an die Parteien zur Landtagswahl am 31. August. Wir spüren: Geht es um wichtige Zukunftsaufgaben, wurschtelt sich die derzeitige Staatsregierung in skandalöser Weise nur durch. Da ist die rasante Entwicklung der Informationstechnologien, die Wirtschaft und Arbeitsbedingungen tiefgreifend verändert, da ist der demografische Wandel, der neue Anstrengungen bei der Fachkräftentwicklung erfordert, da sind die Anforderungen an Bildung und Wissenschaft, die es permanent zu fördern gilt. Diese Prozes-



se dürfen Sachsen und seine Arbeitnehmer nicht überrollen. Sie müssen professionell gestaltet und zum Wohle der Menschen begleitet werden. Was aber tut die Staatsregierung? Sie wartet ab! Strategische und nachhaltige Entscheidungen werden einfach nicht getroffen, Partner wie zum Beispiel die Arbeitnehmervertretungen werden nicht eingebunden. Deshalb sagen wir: „Weiter so“ geht gar nicht. Das hat Sachsen nicht verdient, damit darf sich sächsische Politik nicht

abfinden. Bei der kommenden Landtagswahl entscheiden wir mit unseren Stimmen, wie Zukunftsaufgaben im Freistaat angepackt werden. Wir geben keine Wahlempfehlung für bestimmte Parteien. Wir empfehlen allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich selbst ein Bild zu machen und ihre eigene Entscheidung zu treffen, welche Programmaussagen glaubwürdig sind und den Interessen abhängig Beschäftigter entsprechen: Wichtig sind bei dieser Wahl zwei Dinge: Wir wollen endlich wieder einen Arbeitsminister haben. Und: Rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien haben in unserem Landtag nichts zu suchen.

Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014

Sachsen hat die Wahl

Am 31. August wählt Sachsen einen neuen Landtag. Für die Beschäftigten ist das eine Chance, die bisherige wenig arbeitnehmerfreundliche Politik im Freistaat abzulösen. Als Gewerkschaft empfehlen wir keine Partei zur Wahl. Wir sagen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Schaut genau hin, wer Eure Interessen glaubwürdig vertritt!



Gewerkschafter sagen:
Sachsen hat das von der Staatsregierung verordnete Niedriglohnimage nicht verdient.

Gesucht: Sächsischer Arbeitsminister

Kommentar von IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel



Auf dem Papier gibt es einen solchen Minister:

Sven Morlok (FDP). Aber die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben

davon in den zurückliegenden vier Jahren nichts gemerkt. Der Grund: Morlok wurde nur für die Wirtschaft aktiv, nicht aber für die Beschäftigten. Er brachte in dieser Legislaturperiode kein einziges arbeitnehmerfreundliches Gesetz auf den Weg.

Morlok ist es zu verdanken, dass Sachsen seit Jahren ein Image als Niedriglohnland pflegt. Mehr noch: Als einziges Bundesland hat Sachsen die Einführung des Mindestlohns und einer erweiterten Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen blockiert. **Der Freistaat hat seit vier Jahren praktisch keinen Arbeitsminister.**

Die Regierung in Sachsen ist auch für Arbeitnehmer zuständig. Wer ein Doppelministerium einrichtet, muss auch dafür sorgen, dass es in Gänze funktioniert.

Wirtschaftlicher Erfolg gründet sich nicht auf Niedriglohn und überlange Arbeitszeiten. In Ba-

den-Württemberg, wo es die höchsten Löhne und die kürzesten Arbeitszeiten gibt, ist die Arbeitslosigkeit nur halb so hoch wie in Sachsen.

Schlüssel zu diesem Erfolg sind: Gute Arbeit zu tariflichen Konditionen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Anstrengungen für altersgerechte Arbeitsplätze. Das wollen wir auch für Sachsen, und wir wollen mit dem zuständigen Minister einen kompetenten Dialog führen.

Am 31. August wird ein neuer Landtag gewählt. Das ist unsere Chance, die bisherige verfehlte und einseitige Politik abzulösen.

Pleiten, Pech und Pannen v

► **Mindestlohn/Niedriglohn:**

Seit seinem Amtsantritt propagiert Morlok, dass Sachsen nur mit Niedriglohn wettbewerbsfähig sei. Er lehnt Mindestlohn kategorisch ab. Sein Argument: Arbeitsplätze würden vernichtet. Sogar für Lügen war er sich nicht zu schade. In einer Rede im Sächsischen Landtag behauptete er, alle Vollversammlungen der Handwerkskammern in Sachsen hätten sich gegen einen gesetzlichen Mindestlohn ausgesprochen. Lüge!



**Willi Eisele,
Erster Bevollmächtigter
der IG Metall
Dresden:**

► „Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion haben wir deutlich gemacht, dass Morlok die Interessen nicht nur der Arbeitgeber zu vertreten hat. Leider reagierte er darauf nicht. Aber er musste sich vom CDU-geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Januar 2014 korrigieren lassen. Dieses lehnte seinen Einspruch ab und erklärte den Mindestlohn im Elektrohandwerk bis Ende 2015 für allgemeinverbindlich.“

► „Mit einer öffentlichkeitswirksamen Aktion haben wir deutlich gemacht, dass Morlok die Interessen nicht nur der Arbeitgeber zu vertreten hat. Leider reagierte er darauf nicht. Aber er musste sich vom CDU-geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Januar 2014 korrigieren lassen. Dieses lehnte seinen Einspruch ab und erklärte den Mindestlohn im Elektrohandwerk bis Ende 2015 für allgemeinverbindlich.“

► **Mitbestimmung:**

In seiner Amtszeit hat Morlok kein einziges Mal das Gespräch oder gar den Dialog mit den Gewerkschaften in Sachsen gesucht. So etwas gab es mit keinem seiner Vorgänger. Ein merkwürdiges Demokratieverständnis.

**Stefan Kademann,
Erster Bevollmächtigter
IG Metall Zwickau:**

► „Dass es einen Arbeitsminister gibt, haben wir bisher nicht bemerkt. Die Position muss neu und kompetent besetzt werden.“



**Stephan Hennig,
Erster Bevollmächtigter
der IG Metall Bautzen:**

► „Der Wirtschaftsminister hat mit Eierschecke versucht, Pendler zurückzuholen. Jetzt nimmt er Müsli-Riegel. Besser wäre es, sich stark zu machen, damit es für gute Arbeit einen Tariflohn gibt. Die Oberlausitz hat die ‚rote Laterne‘ bei den Löhnen.“



► **Tarifbindung:**

Als einziger deutscher Minister verweigerte Morlok seine Zustimmung zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen für das Elektrohandwerk und später auch für das Bauhandwerk.



► **Schule/Ausbildung:**

Morlok hat in seiner Amtszeit keinen Gedanken an die Jugend verschwendet. Es gibt bis heute keine Strategie, für Schulabbrecher und junge Arbeitssuchende eine Perspektive zu schaffen.

Sascha Hahn, Vorsitzender der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung Volkswagen Sachsen:

► „Dass ein Arbeitsminister Druck auf die Unternehmen ausübt, um im Land mehr qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze mit entsprechend fairen Vergütungen zu bekommen – das muss endlich als Vorteil für alle betrachtet werden und nicht als ‚Rotes Tuch‘.“



von Morlok – Ein Rückblick



Im September 2013 demonstrierten IG Metall aus Berlin, Brandenburg und Sachsen in Leipzig dafür, die Tarifverträge im Elektrohandwerk für allgemeinverbindlich zu erklären. Grund: Auf Betreiben von Arbeitsminister Morlok blockierte Sachsen eine Lösung

► Arbeitsmarktpolitik:

Morlok rühmt sich, die Arbeitslosigkeit in Sachsen sei so niedrig wie seit der Wende nicht mehr. Wahr ist: Die demografische Entwicklung ist der Hauptgrund dafür. Geburtenstarke Jahrgänge beenden ihr Erwerbsleben und gehen in Rente. Gleichzeitig kommen wegen des Geburtenknicks der 90er-Jahre heute extrem weniger junge Leute auf den Arbeitsmarkt in Sachsen.

Mario John, Erster Bevollmächtigter IG Metall Chemnitz:

► „Unfassbar, dass Morlok die Sachsen für dumm verkauft. Einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die gesunkene Erwerbslosigkeit keineswegs zu verdanken. Notwendig wäre vielmehr eine ‚Besser statt Billig‘ – Strategie, die die Attraktivität Sachsens wirklich herausstellt.“



Viel mehr Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, sagt Morlok stolz. Aber: Es geht nicht darum, wie viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, sondern zu welchen Bedingungen. Die Zahl der Leiharbeitskräfte,

Praktikanten und Werkvertragsnehmer und anderer prekärer Arbeitsverhältnisse ist in Sachsen in den letzten vier Jahren explosionsartig angestiegen.



Jens Köhler, Betriebsratsvorsitzender BMW Werk Leipzig und Zweiter Bevollmächtigter IG Metall Leipzig:

► „Wir haben in Leipzig in den letzten Jahren viel erreicht, um die skandalös niedrigen Einkommen der Leiharbeiter anzuheben.“

Jetzt ziehen die Arbeitgeber die Karte „Werkverträge“, um weiter Lohndumping zu betreiben. Und das alles unter Duldung des Wirtschafts- und Arbeitsministers. Wieder ein Skandal.“

Morlok tönt: „Die Einkommen in Sachsen steigen stärker als in vergleichbaren Bundesländern.“ Daran ist alles falsch: Höhere Löhne gibt es nur, wenn sich Gewerkschaften dafür stark machen und Tarifverträge erkämpfen. Der Minister hat damit nichts zu tun. Die Einkommen in Sachsen sind nur im ersten Jahr der Regierungszeit des jetzigen Ministers schneller gewachsen als beispielsweise in Thüringen. Unser Nachbarfreistaat hat seit 2011 jedes Jahr die Nase vorn.